

Hände weg von Antwerpen! Von allen Opelwerken! Hände weg von den 8 - 10.000 bedrohten Arbeitsplätzen, von den Arbeitsplätzen aller Opelkollegen! Einheit für die staatliche Garantie und den Schutz für alle Arbeitsplätze und Opelwerke!

Wir – Arbeitnehmer, Gewerkschaftskollegen, Sozialdemokraten – sind mit den Kolleginnen und Kollegen des Opel Werkes in Antwerpen solidarisch, die zu der geplanten Schließung ihres Werkes durch GM Nein gesagt haben!

Wir stehen an ihrer Seite im Kampf für die Verteidigung ihrer Arbeitsplätze wie die aller Beschäftigten im gesamten Opel Konzern! Bereits Anfang Januar haben wir uns mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit gewandt, eine politische Kraft zu sammeln, die dafür kämpft, dass Opel durch eine Gesetzesinitiative unter staatlichen Schutz gestellt und der Erhalt aller Arbeitsplätze staatlich garantiert wird. Denn seit Wochen wurden wir systematisch auf die jetzt beginnende Demontage vorbereitet.

Dieser Aufruf hat bereits Antworten erhalten, weitere Kolleginnen und Kollegen haben sich dem Kreis der Erstunterzeichner angeschlossen.

Die „Logik“ mit der die GM-Führung die beabsichtigte Schließung des Werkes in Antwerpen begründet, ist die gleiche Logik, mit der Ford den schwedischen Automobilhersteller Volvo von einem Tag auf den anderen nach China verkauft und mit der die Konzernführung von Mercedes-Benz die Verlagerung der Produktion der C-Klasse von Sindelfingen weg in die USA und nach China beschlossen hat:

Im Namen des Abbaus von "Überkapazitäten" und der "Wettbewerbsfähigkeit" werden Arbeitsplätze, Produktion und Löhne demontiert, für die Rettung der Profite und Rendite von Konzernen und Finanzrentierern.

Die Industrie in Europa und Deutschland, allen voran die Automobilindustrie, ist in ihrer Existenz bedroht. Die EU, die durch ihre Kommission in Brüssel jegliche staatliche Hilfe zur Rettung von Arbeitsplätzen bei Opel untersagt hat, handelt systematisch in diese Richtung und betreibt eine Politik der Entindustrialisierung.

Wir Arbeitnehmer sind nicht naiv. Wir wissen, dass der Schließungsbeschluss für Antwerpen ein Signal ist, das weitreichende Bedeutung für alle GM Werke, für das Werk in Bochum in NRW, und darüberhinaus für die gesamte Industrie hat. Es ist das Signal für einen Kahlschlag, für den Unternehmer, „Investoren“ und Banken auch in anderen Branchen schon lange den günstigsten Startzeitpunkt gesucht haben.

Der Betriebsratvorsitzende des Bochumer Opel-Werkes, Rainer Einenkel, hat in einer Fernsehsendung der ARD am 21.01.2010 gesagt: „Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass die Schließung von Antwerpen zurückgenommen wird!“

Wir, wie sicherlich viele andere Kolleginnen und Kollegen auch, die Rainer Einenkel gehört haben, können nur unterstützen, dass er die Entscheidung von GM zurückweist und gegen den Druck der GM-Führung und der politischen Entscheidungsträger am Werk Antwerpen festhält.

„Gemeinsam“, so wie Rainer Einenkel sagt, kann nur heißen, und da hat er sicherlich Recht, dass die Verteidigung von Antwerpen und der Kampf um alle Arbeitsplätze bei Opel nur durch die breiteste Mobilisierung der Arbeiterbewegung möglich ist.

„Gemeinsam“ heißt - und das werden die Kollegen in Bochum, wo fast jeder zweite gehen soll, Rainer Einenkel auch sagen - dass Opel nur verteidigt werden kann, wenn jeder Arbeitsplatz jedes heute beschäftigten Kollegen verteidigt wird, nur so ist die notwendige Einheit möglich!

Der gesamte „Sanierungsplan“ von Opel muss zurückgenommen werden, jeder Arbeitsplatz muss erhalten werden einschließlich der 2000 Stellen, die in Bochum gestrichen werden sollen.

Aber richtig ist auch, dass es den Erhalt des Werks Antwerpen genauso wie den Erhalt des Werks Bochum und den Erhalt von Opel als Gesamtbetrieb mit allen seinen Arbeitsplätzen unter GM oder irgendeinem anderen „Investor“ nicht geben wird!

Das ist die Erfahrung von mehr als 12 Monaten Kampf der Opel-Kollegen mit ihrer Gewerkschaft IG Metall für die Verteidigung von Opel.

Deshalb sehen wir uns in unserer Forderung bestärkt, die wir bereits in unserem Aufruf formuliert haben, dass Opel unter staatlichen Schutz gestellt werden muss, um den Erhalt aller Werke und aller Arbeitsplätze zu garantieren.

Wir können nur noch einmal mit Bedauern feststellen, dass die SPD-Führung bisher keine Gesetzesinitiative ergriffen hat, Opel unter staatlichen Schutz zu stellen, und die nordrhein-westfälische SPD-Landesvorsitzende und Kandidatin für das Amt des Ministerpräsidenten B. Kraft sich noch nicht zu der Schließung von Antwerpen geäußert hat. Es wäre die Aufgabe der SPD, sich als die traditionelle Arbeitnehmerpartei an die Spitze einer solchen Mobilisierung zu stellen, gerade jetzt, wo bei den bevorstehenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen die Möglichkeit besteht, die Rüttgers-Regierung wegzufegen und eine Regierung ins Amt zu heben, die alle notwendigen Maßnahmen zum Erhalt von Opel ergreift.

Aus diesem Grund halten wir daran fest, selbst unter unserer eigenen Verantwortung weiter dafür zu handeln, eine politische Kraft für eine staatliche Garantie zum Erhalt aller Arbeitsplätze und Werke bei

Opel als einen ersten Schritt zu einem allgemeinen Verbot von Entlassungen zu sammeln und den Kampf darum zu führen, die Hindernisse für die Einheit der Arbeiterbewegung für dieses Ziel zu überwinden.

• Wir rufen auf: Unterzeichnet massiv den Aufruf „Staatliche Garantie für den Erhalt aller Arbeitsplätze bei Opel“ Für eine Gesetzesinitiative in NRW!

• Wir richten diesen Vorschlag, gemeinsam für die Forderungen „Rücknahme des Schließungsbeschlusses für Antwerpen, Staatlicher Schutz zum Erhalt aller Arbeitsplätze von Opel“ zu entscheiden und dafür die breiteste Kraft zu mobilisieren, an die Verantwortlichen der Gewerkschaften und der SPD.

Wir haben uns am 23. Januar 2010 in Düsseldorf getroffen, um eine erste Zwischenbilanz zu ziehen und über weitere Schritte zu beschließen.

Wir wenden uns an:

• die Beschäftigten von Opel, die für den Erhalt aller ihrer Arbeitsplätze kämpfen,

• an die Beschäftigten in den vielen anderen Industriebetrieben und der gesamten Wirtschaft, die ebenfalls von Kurzarbeit, Entlassungen und Betriebsschließungen bedroht sind,

• an die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes und der Metallindustrie, die mit dem Verweis auf Verschuldung und Arbeitsplatzzerstörung im augenblicklichen Tarifkampf unter Druck gesetzt werden sollen, auf ihre berechtigten Forderungen nach Lohnerhöhungen zu verzichten,

• an die Beschäftigten in den Kommunen, deren Arbeitsplätze durch die exorbitante Verschuldung der Kommunen, die die Folge der Milliardengeschenke an die Banken und die Zerstörung der industriellen Arbeitsplätze ist, bedroht sind,

und laden alle ein, gemeinsam für diese Ziele einzutreten und teilzunehmen an der

**Konferenz am 13. März
2010 im Falkenheim in
Bochum.**

Beginn 11.00 Uhr, Ende 17.00 Uhr.

Einlader: Henning Frey (SPD), Paul Paternoga (SPD, Afa UB Vorsitzender Sieburg, Mitg. Afa Landesvorstand NRW, IGM BR), H.-W. Schuster (SPD, Afa UB Vorsitzender Düsseldorf, ver.di VM), Matthias Cornely (IGM, Betriebsratvorsitzender).

Kontakt: H. Frey, e-mail:
henning.m.frey@web.de